

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 3

Artikel: Migrationsrecht und Abrüstung gehören dazu 2. "Die Entspannung ist unteilbar"
Autor: Tarsis, Valerij
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094661>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

stand zu leisten, wobei sie sich ihrer Positionen in der Führung der anderen Parteien der Nationalen Front bediente. Sie versuchte, die Verabschiedung dieses Gesetzes zu verhindern oder es wenigstens zu beschneiden und auf diesem Wege den Grossgrundbesitz zu erhalten. Um die Verabschiedung dieses Gesetzes entbrannte ein scharfer Klassenkampf mit der Bourgeoisie.

Der vom Landwirtschaftsministerium (...) durch die Vorlage des Gesetzesentwurfes und durch die offene Aufforderung an die werktätige Bauernschaft, dazu Stellung zu nehmen, ausgeübte Druck «von oben» löste gleichzeitig einen starken Druck «von unten» aus.

Die Bauern diskutierten auf ihren Zusammenkünften die Vorschläge des Gesetzesentwurfes, und die überwältigende Mehrheit forderte seine Annahme. In den Dörfern, in denen von der Revision betroffenes Land vorhanden war, wurden «Bauernkommissionen» als Organe der Anwärter auf Land (der landlosen, der Klein- und Mittelbauern) gebildet.

Die Forderung einer Revision wurde stark von den lokalen Nationalkomitees (die den Druck «von unten» gegenüber den höheren Verwaltungsorganen, dem Parlament und der Führung der anderen Parteien in der Nationalen Front bildeten), vom Vereinigten Bund der tschechischen Bauernschaft und von den lokalen Organisationen der anderen politischen Parteien unterstützt.

Um die Wirkung des Druckes «von oben» und des Druckes «von unten» auf die Bourgeoisie zu erhöhen, proklamierten die Kommunisten (im Namen des Landwirtschaftsministeriums) zusätzliche weitreichende Forderungen für die werktätige Bauernschaft, das sogenannte «Hradec-Programm». Seine Hauptforderungen waren die Aufteilung aller über 50 ha grossen Güter sowie die vollständige Liquidation allen Landbesitzes, welcher der Spekulation diene. (...)

Das nach dieser Forderung der Aufteilung unterliegende Land belief sich auf 432 905 ha in 9540 Gemeinden, d. h. in zwei Dritteln aller Gemeinden des ganzen Landes. Das bedeutete, dass zusätzliche Massen von Klein- und Mittelbauern in den entscheidenden Kampf für die Liquidation des Grossgrundbesitzes (und die anderen Forderungen) einbezogen wurden.

Der Kampf für eine Revision der ersten Bodenreform trat in das nächste, entscheidende Stadium. Im Sommer wurde die Gesetzesvorlage vom Parlament debattiert. Die Kommunisten benutzten diese Debatten, um die bürgerliche Führung der Sozialistischen Volkspartei, der Volks- und der Demokratischen Partei zu entlarven und nachzuweisen, dass sie wütend die Grundbesitzer und Feinde der werktätigen Bauernschaft verteidigte. Jeder Versuch der Bourgeoisie, die Gesetzesvorlage zu vereiteln, sie zu verzögern oder zu begrenzen, wurde von den Kommunisten im Parlament in die Öffentlichkeit gebracht und angeprangert. Allein am 9. und 10. Juni veröffentlichte das Zentralorgan der Partei, «Rudé Pravo», eine Anzahl solcher im Sitzungssaal des Parlaments gemachter Enthüllungen (...).

Der kommunistische Druck in Regierung und Parlament (der Druck «von oben») rief immer entscheidender den Druck «von unten» hervor. Tausende von Resolutionen von den Versammlungen der Bauern, in denen die unverzügliche Verabschiedung dieser Gesetze gefordert wurde, wurden dem Parlament und der Regierung übermittelt. Sätze wie folgender standen in den Resolutionen, die auch von den

«Die Bauern» waren nicht etwa die Landwirte, sondern jene ländlichen oder auch aus der Stadt importierten Kräfte, die von der KP organisiert wurden.

«... proklamierten die Kommunisten im Namen des Landwirtschaftsministeriums ...»

Dorforganisationen der Sozialistischen Volkspartei, der Volks- und der Demokratischen Partei unterzeichnet waren: «... nun erkennen wir, wer für und wer gegen uns ist.» Dutzende von Bauernkommissionen, die aus Mitgliedern aller politischen Parteien bestanden, kamen zum Parlament und warnten die Führung der bürgerlichen Parteien nachdrücklich davor, die Erfüllung ihrer Forderungen hinauszuzögern, deren unverzügliche Durchführung sie verlangten. (Die grösste dieser Delegationen bestand z. B. aus 57 Mitgliedern der Sozialistischen Volkspartei, 35 Mitgliedern der Volkspartei, 38 Sozialdemokraten, 153 Kommunisten, 15 Mitgliedern ohne politische Bindung und 48 Mitgliedern, die nicht angaben, zu welcher politischen Partei sie gehörten.)

Im Jahre 1946 begannen die Kommunisten dafür zu kämpfen, der werktätigen Bauernschaft mehr Land zu übergeben. (...) Sie forderten die Revision der 1919 (...) durchgeführten Bodenreform. Die Revision betraf insgesamt 1 027 529 ha Land, und ihre

Realisierung bedeutete die vollständige Liquidierung der Gruppe der Grossgrundbesitzer mit über 150 ha Ackerland oder über 250 ha landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, der Gruppe der sogenannten «Restgüter-Besitzer» und der Bodenspekulanten.

Am 11. Juli schlossen sich der Druck «von oben» und der Druck «von unten» wie die Backen einer Zange. Die Bourgeoisie, deren Positionen sichtlich erschüttert waren, musste weichen. Die Vorlage über die Revision der ersten Bodenreform wurde vom Parlament verabschiedet.

Die Folgen dieses Sieges waren: die Liquidation von noch mehr ökonomischen Positionen der Bourgeoisie auf dem Dorf, eine grosse politische Niederlage der Bourgeoisie (ihre wachsende Isolierung) sowie eine bedeutende Stärkung und Verbreiterung des Bandes zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft. Die Bauern erkannten, dass sie mit direkter politischer, organisatorischer und materieller Hilfe der Arbeiterklasse einen erfolgreichen Kampf gegen ihren Erzfeind, den Grundbesitzer, und seine Helfershelfer führen konnten. Ständig wachsende Massen von Bauern traten in Parteipositionen über und unterstützten die politische Linie der Partei, die auf eine weitere Vertiefung der Revolution gerichtet war. (Fortsetzung folgt)

Migrationsrecht und Abrüstung gehören dazu

②

«Die Entspannung ist unteilbar»

Valerij Tarsis kommentiert einen weiteren Teil von A. D. Sacharows «Mein Land und die Welt»

In der letzten ZB-Nummer ist es die Sowjetgesellschaft gewesen, die mit ihren systemimmanenten Schwächen und Schwierigkeiten zur Darstellung gelangte, wie sie Andrej Sacharow, der Wissenschaftler und Friedensnobelpreisträger, beobachtet hat. Zwei weitere Themenkreise folgen heute. Sie zeigen die Verflechtung von Sowjetpolitik und Weltgeschehen.

«Prüfstein für den Entspannungsverlauf»

Die freie Wahl des Aufenthaltslandes (Kap. 2) bzw. das Recht auf Aus- und Rückreise nennt Sacharow den «Prüfstein für den Entspannungsverlauf».

«Die Regierung der UdSSR hat die [zwei relevanten UNO-]Übereinkommen 1973 ratifiziert, vor den anderen Grossmächten, doch die Praxis der Realisierung vieler Rechte, darunter des Rechts auf freie Wahl des Aufenthaltslandes, so wie das Fehlen entsprechender Garantien in der inländischen Gesetzgebung geben Anlass zu ernster Sorge.» (S. 37; Hervorhebung von V. T.)

Zehntausende von Juden, Hunderttausende von Deutschen warten auf Ausreiselerlaubnis — und erhalten statt dessen oft ein Billett ins Lager oder in die Verbannung. Naspiz und Zytlenok, so berichtet der Autor (S. 43, Fussnote), handelten für

A. D. Sacharow: «O strane i mire» (russ.), New York 1975, 79 Seiten. Die Zitate beziehen sich auf den russischen Text. Deutsche Ausgabe: «Mein Land und die Welt», Molden-Verlag, Wien, 120 Seiten, Fr. 17.60.

ihre 15-Sekunden-Demonstration fürs Ausreiserecht 5 Jahre Verbannung ein ... Noch häufiger wird das Ausreisegesuch mit einem blauen Brief quittiert; danach kann man den Arbeitslosen legal als «Schmarotzer» nach Sibirien verschicken.

Eingehend nimmt Sacharow zur Haltung der amerikanischen Politiker Stellung, die bekanntlich den Status der Meistbegünstigung in der Kreditgewährung mit gewissen Ausreisegarantien für Sowjetbürger (namentlich jüdische) verknüpften. England, Frankreich, Iran und Japan sprangen sogleich in die Lücke — kurzzeitig, unsolidarisch.

«Ich halte dafür, dass die Annahme des Zusatzes zum Handelsgesetz durch den Kongress der USA ein Akt von historischer Bedeutung ist ...» Es handle sich keineswegs um «Einmischung» in innersowjetische Angelegenheiten, da die UdSSR die internationalen Abkommen ratifiziert hat und deren Einhaltung «für die Gewährleistung internationalen Vertrauens und einer Oeffnung der Sowjetgesellschaft von erstrangiger Bedeutung» ist (S. 39).

«Nur wenn er *alle* Rechte genießt, ist der Mensch frei. In einem Haus, dessen Tür verschlossen ist, fühlt man sich als Gefangener, auch wenn man nicht unbedingt hinaus muss und nicht Tag und Nacht mit dem Kopf gegen diese Tür anrennt. Solche Gefangene sind gegenwärtig wir alle.» (S. 40)

Die teilweisen Fortschritte der letzten Jahre seien einzig unablässigem Druck auf die sowjetischen Behörden zu verdanken. Es wäre sehr bedauerlich, wenn die USA wegen vermeintlicher Handelsinteressen doch noch kapitulierten: Daraufhin «wird in beliebigen anderen Aspekten der Entspannung Widerstand gegen sowjetische Erpressung unmöglich sein» (S. 41). Weshalb «vermeintliche» Vorteile?

«Gold, Rohstoffe, Erdöl und Erdgas, sagt man. Aber Gold ist keine Ware, und dadurch, dass grosse Goldmengen aus Kolyma (von Häftlingen gefördert! — V. T.) auf den Weltmarkt geworfen werden, im Austausch gegen reale Waren, erhöht sich lediglich die Inflation...» (S. 41); eine Energieabhängigkeit von der Sowjetunion wäre schon strategisch ein Unding.

Totalitarismus und abrüsten...?!

Akademienmitglied Sacharow hat sich seit 1971 bereits in mehreren Briefen — auch vom Samisdat «übernommen» — für konsequente völkerrechtsgemässe Forderungen an die Adresse der Sowjetführung geäußert. Nicht nur die Juden, sondern auch die zahlreichen — ebenfalls diskriminierten — Deutschen in der UdSSR brauchen Unterstützung im Ausland.

Lapidar, doch wie ernst, hält der Atomphysiker im 3. Kapitel «Abrüstungsprobleme» fest:

«Der Menschheit drohen der Untergang der Zivilisation und die physische Vernichtung durch die unkontrollierte Aufstockung thermonuklearer Waffenlager und die Verschärfung der Konfrontation.» (S. 45)

Abrüstungsverhandlungen sind daher dringendst geboten, «doch mir scheint», schreibt Sacharow, dass sich auch diesbezüglich «dieselben Mängel im Herangehen an die ‚Entspannung‘ zeigen, von denen ich schon sprach — Uneinigkeit des Westens, Illusionen der einen und politisches Spiel der anderen» (S. 45).

«Es ist besonders wichtig, zu unterstreichen, dass die Probleme der Abrüstung von den anderen Grundaspekten der Entspannung nicht zu trennen sind — von der Ueberwindung der Geschlossenheit der Sowjetgesellschaft, von der Stärkung des internationalen Vertrauens, von der Abschwächung des totalitären Charakters der Sowjetgesellschaft.» (S. 45)

Die «Unteilbarkeit der Entspannung» muss jederzeit im Auge behalten werden, gerade auch bei den Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Rüstungen. Was bisher im Rahmen von SALT erreicht wurde, ist ein Anfang, aber ungenügend und zum Teil sogar gefährlich.

«Allgemein gesprochen ist das (nämlich: was bei SALT problematisch blieb — V. T.) die ungenügende Aufmerksamkeit für die Fragen der Kontrolle, die Unterschätzung der Besonderheiten unseres totalitären Staates sowie der möglichen Besonderheiten seiner strategischen Doktrin und der Geschlossenheit.» (S. 45)

Letzteres heisst: Ein totalitäres Regime opfert mit relativer Leichtigkeit Teile der Bevölkerung; im konkreten Fall der Sowjetunion sorgt das strategische Konzept eigentlich nur für den Schutz der Hochburg der neuen Klasse — Moskau.

Die harte Position, welche die sowjetische Seite bezüglich einer Kontrolle am Ort einnimmt, ist bekannt; ohne Kontrolle aber sind diese SALT-Abkommen nichtig.

Leider geht Sacharow hier nicht explizite auf die Möglichkeit und Wünschbarkeit der «inneren» Kontrolle ein. In einer offenen Gesellschaft gehören einer *inländischen* parlamentarischen Kontrollkommission (und eine solche lässt sich gerade auch für die strategischen Rüstungen denken) auch *oppositionelle* Politiker an. Echte, «unteilbare» Entspannung sollte unserem Land eigentlich auch eine politische Opposition beschermen! Auch für westliche Verhandlungspartner wäre das nur von Vorteil.

(Allerdings vermerkt der Autor, dass humane Veränderungen systemfeindlich sind; Chruschtschow wurde hauptsächlich deshalb gestürzt, weil er die unverhältnismässigen Militärausgaben zu kürzen und die Privilegien der «Nomenklatur» einzuschränken versuchte.)

Auf mehreren Seiten erklärt Sacharow die komplexen Gegebenheiten des ungeheuerlichen Zerstörungspotentials, über das die beiden Grossmächte verfügen, und er macht verständlich:

Erstens muss bald ein Abkommen ausgehandelt werden, das die summarische Kapazität der Sprengköpfe auf einen sehr begrenzten Wert reduziert (statt lediglich die Zahl der Trägerraketen zu beschränken). Sonst werden die USA nächsten auf schwerere Raketen umrüsten und die UdSSR das Wettrüsten weitertreiben.

Das derzeit vorhandene atomare Arsenal erreicht gesamthaft schon bald die Grössenordnungen an Vernichtungskraft, die für alles Leben auf Erden den Tod bedeuten könnte: «Da die Winde radioaktive Produkte über die ganze Erde tragen können, würden bei einem Global-effekt Explosionen mit der summarischen Energie von 200 000 bis 500 000 Megatonnen die völlige Vernichtung allen Lebens auf der Erde nach sich ziehen.» (S. 50)

Uebrigens heisst das Abkommen von Wladiwostok durch die «Legalisierung» von MIRV-Sprengköpfen das Wettrüsten auch an «und erhöht die Gefahr einer sogenannten ‚labilen strategischen Situation‘, d. h. einfach einer Situation, in der es für beide Seiten strategisch vorteilhaft und relativ ungefährlich ist, den ersten atomaren Schlag zu erteilen (in menschlicher Sprache: das gewaltigste Verbrechen der Geschichte zu begehen)» (S. 51). Deshalb müssen *zweitens* die Vielfachsprengköpfe gänzlich verboten werden, ebenso die Entwicklung der strategischen Raketenabwehr.

Die Vorstellung scheint verbreitet, dass sich der Atomphysiker Sacharow erst in jüngsten Jahren auf die menschlichen Werte besonnen habe. Demgegenüber ist festzuhalten, dass er bereits 1955, bei einem Bankett nach einer grossen Versuchsserie, darauf angestossen hat, «dass unsere Produkte nie über Städten explodieren!» «Damals wie heute ist meine Meinung, dass kein einziger Mensch sein Teil Verantwortung für Dinge loswerden kann, von welchen die Existenz der Menschheit abhängt.» (S. 52)

Schluss folgt

KONSERVATISMUS AUS ERSTER HAND



«student» macht den Anfang. 1968. Die erste grosse konservative Zeitschrift der sechziger Jahre. Engagiert. Dynamisch. Konstruktiv. Mit Hintergrundberichten und Analysen führender Publizisten. Mit Hochschulnachrichten aus dem In- und Ausland. Mit umfangreichen Filmkritiken und Buchbesprechungen. In bisher mehr als 2,5 Millionen Exemplaren. «student»: Konservatismus aus erster Hand.

(Probeexemplare: «student»-Versand Eugen Grau, D-7000 Stuttgart 60, Fellbacherstrasse 24)